

Gemeinsamer Antrag von GAL und SPD
Ausschuss für Bildung und Kultur am 19.9.201

TOP 2 „Erweiterung des Saals im Kulturhaus Karlstorbahnhof, Kostenrahmen und Varianten“ 3

Wir beauftragen die Verwaltung, zwei Aspekte weiter zu prüfen:

1. Standortverlagerung

1.a. Mit den Konversionsflächen im HD'er Süden bieten sich potenziell Flächen/Räume für eine Verlagerung des KTB an. Dies ist unter stadtentwicklungspolitischen Aspekten eine bedenkenswerte Überlegung, da damit auch der deutlichen sozial-kulturellen Trennung zwischen Norden und Süden in unserer Stadt begegnet werden kann. Realisierungsmodelle und die (zeitabhängigen) Auswirkungen auf die „Marke Karlstorbahnhof“ sind zu prüfen.

1.b. „Kreative“ Finanzierungsmöglichkeiten, die den städtischen Haushalt entlasten könnten, sollen für diese Variante entwickelt und geprüft werden, u.a. die Aufnahme in die IBA Projektliste, hier kann auch die Stadtverwaltung selbst Initiator sein.

2. Verbleib am Standort

2.a. Alle sinnvollen Möglichkeiten einer Kostenreduzierung müssen geprüft und in ihren Auswirkungen bewertet werden

2.b. „Kreative“ Finanzierungsmöglichkeiten, die den städtischen Haushalt entlasten könnten, müssen entwickelt und geprüft werden, z.B. denkbare ÖPP Modelle.

Begründung:

Der Karlstorbahnhof gehört zu den Flaggschiffen der Heidelberger Kulturszene. Der ABK bekennt sich ausdrücklich dazu, diese Einrichtung auch weiterhin finanziell und inhaltlich zu unterstützen. Die aktuell sinnvoll erscheinende Kapazitätserweiterung geht aber zeitlich einher mit einer schwierigen Haushaltslage aufgrund der finanziellen Belastungen, die mit der Entwicklung der Konversionsflächen zu erwarten sind. Außerdem bietet die Entwicklung der Konversionsflächen endlich stadtentwicklungspolitisch die Möglichkeit, der fortschreitenden sozialen Trennung der Stadt in Nord und Süd aktiv zu begegnen. Insofern gilt für eine Entscheidung über den Karlstorbahnhof, die auch langfristig tragen soll, nicht nur singular und im Jetzt zu denken, sondern im Kontext der künftigen Stadtentwicklung. Den Antragsstellern ist bewusst, dass mit diesen Prüfaufträgen zeitlich möglicherweise die relativ sicheren Landeszuschüsse gefährdet werden – hier ist die Verwaltung gefragt, nach Lösungen zu suchen.

Ziel der Antragssteller ist es in dieser Situation eine grundsätzliche, gute und zukunftsfähige Entscheidung für den Karlstorbahnhof herbeizuführen.